

Buchbinder-Zeitung.

Organ zur Vertretung der Interessen der in Buchbindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter.

Nr. 7.

Stuttgart, Sonnabend den 18. Februar 1893.

9. Jahrgang.

Arbeitslosigkeit.

Welche Menge von Unglück und Noth birgt nicht das einzige Wort in sich. Wer vermag die Gefühle zu schildern, welche den Armen, den Familienvater schon bei dem bloßen Gedanken an diese Möglichkeit beschleichen, die Empfindungen, wenn es ihm gar aus dem Munde seines Arbeitgebers entgegenläuft. Es mag schmal und farg zu Hause gehen, es mag Krankheit in der Familie herrschen, mögen Kummer und Sorgen aller Art auf seinem Haupte lasten, sie drücken nicht so sehr, sind eher zu ertragen, als das Bewußtsein, keine Arbeit zu haben und mit den Seinen hungern zu müssen.

Und welcher seelische Zustand, welcher unheimliche geistige Druck bemächtigt sich nicht des Arbeitslosen, er wird gleichgültig und abgestumpft für alle äußeren Vorgänge. Ob das Wetter heiter ist oder trübe, ist dem Arbeitslosen gleichgültig. Ihm bietet die Erde keine Freuden, und so kommt es, daß man in den Straßen dieser Ausgestoßenen immer ein und dieselbe Einförmigkeit antrifft. Ganz mechanisch ziehen sie des Morgens nach den Zeitungs-Expeditionen, um nachzusehen, ob irgendwo oder von irgendwem Arbeiter gesucht werden, und ebenso mechanisch und in sich gefehrt sieht man sie wieder zurückwandern, weil sie sich vergebens bemüht hatten. Und so geht es Tag um Tag, und wenn sollte es befremden, wenn die Betroffenen dadurch in eine Stimmung verlegt werden, die nahezu an Stumpfheit grenzt!

Das ganze Thun und Denken der Arbeitslosen bewegt sich schließlich in diesem Geleise und wird von ihrer elenden Lage in nachtheiliger Weise beeinflusst. Sie kommen schließlich zu Gedanken wie: Es giebt zu viele Menschen auf der Welt — so kann es nicht lange mehr weitergehen — käme doch ein Krieg, damit so und so Viele über den Haufen geschossen würden, dann könnte man doch wieder Arbeit erhalten — das ist ihr Gedankengang; und wenn sie einer Gaunerie begegnen, ergehen sie sich in Flüchen und Drohungen gegen die Verstorbene, und einem Wächter der Ordnung ergeht es nicht besser, Grimm und Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung erfüllt sie in einer Weise, die einen Klassenbewußten Arbeiter nicht immer angenehm berührt, obgleich er sich die Sache ganz naturgemäß erklären kann. Arbeit um jeden Preis ist ihr naturgemäßes und berechtigtes Verlangen, wird dasselbe nicht erfüllt, so scheinen ihnen eben alle Mittel recht, um eine Aenderung herbeizuführen. Immer größer wird die Zahl der Arbeitslosen. Wie Damocles' Schwert schwebt die Möglichkeit, außer Arbeit zu kommen, über dem Haupte eines jeden, und nicht ohne Bangen schaut so Mancher, der sich bisher, wenn auch nur mit knapper Noth, durchzuschlagen vermochte, in die Zukunft, fragt sich so Mancher, was soll das werden? wo soll das hinaus?

Der wirtschaftliche Niedergang, die allgemeine Geschäftsstodung haben bereits einen Zustand herbeigeführt, der wahrlich an Elend und Jammer nichts mehr zu wünschen übrig läßt. In allen Ländern Europas sehen wir das Gespenst der Arbeitslosigkeit und des Hungers herumschleichen und seine Opfer fordern. Aus allen größeren und kleineren Städten hören wir von Arbeiterentlassungen, Lohnabsagen, Betriebsstillstellungen, lesen wir von Arbeitslosenversammlungen, die von Tausenden besucht waren. Also Tausende ganz ohne jeden Verdienst, der Noth und dem Elend preisgegeben, sind jetzt im Winter ohne Nahrung, ohne warme Stube! Ist das nicht entsetzlich? Und bitten wir auf die Landstraße, auf die Tausende von ausgehungerten dürftig gelleibten Gestalten, die tagtäglich sträflich, sträflich ziehen, bettelnd und nach Arbeit fragend. Werfen wir einen Blick auf die Verbergen und Hügel, die bis auf den letzten Nagel gefüllt sind, auf die Verpflegungsstationen, die förmlich belagert werden, trotz der eines Menschen unwürdigen Behandlung und der verächtlichen Nebenarten, die der um Verpflegung Nachsuchende in der Regel einfinden muß; und sehen wir die Gefängnisse an, die sich förmlich aus so klein erweitern, um alle Diejenigen, welche wegen Betteln, Landstreichens, Obdachlosigkeit und andere durch die Noth angelegene Vergehen bestraft wurden, zu fassen! Ein einziger Blick auf alle diese Stellen genügt, um sich ein Bild davon zu machen, wie es gegenwärtig mit unseren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen bestellt ist. Trotzdem aber wird von der herrschenden Klasse,

die doch in Folge ihrer wahnsinnigen Produktionsweise all dieses maßlose Elend verschuldet hat, nichts gethan, um jenem Mißstande abzuhelfen. Selbst im Reichstage wurde vor kurzem gelegentlich der Debatte über die Nothstandsinterpellation, welche von Seiten der Arbeitervertreter dort eingebracht war, von hoher Seite ein Nothstand abgelehnt; ja, einer der ersten Vertreter des Selbstproletariats, „König Stamm“, vertiefte sich sogar zu der Behauptung, daß wir uns gegenwärtig in einem Zustande der Prosperität befinden. Freilich, die Geldsäcke Stumm's und Konforten mögen vielleicht gegenwärtig blühen und gedeihen, denn das Kapital, das Unternehmerthum, weiß sich auch die schlechtesten Konjunkturen zu Nuge zu machen und in Form von Lohnkürzungen, Preisausschlägen u. s. w. seinen Vortheil zu ziehen, für es existirt allerdings kein Nothstand. Die breite Masse des Volkes jedoch denkt anders darüber, sie fühlt es an ihrem Leibe, daß Nothstand herrscht, und daß dieser nicht nur ein akuter, sondern bereits ein chronischer geworden ist. Monatslang haben sich Tausende schon nicht mehr satt essen können, die besten Kleidungsstücke, ein Möbel nach dem andern mußte veräußert werden, bloß um das nackte Leben fristen zu können, der Niethins steht vielleicht schon schon geraume Zeit im Nothstande, Krämer und Bäder verlangen bezahlt zu werden und wollen auf Kredit nichts mehr geben, Arbeit und Verdienst giebt es nicht und doch schreien die Kinder, die Familie nach Brot. Ist das kein Nothstand? Darf es da Wunder nehmen, wenn den so Geplagten Gedanken kommen, die mit Noth und Geleis in Widerspruch stehen, wenn sie Thaten begehen, wobei sie die Noth und Dein nicht mehr unterscheiden? Scheint es nicht geradezu eine Herausforderung, wenn man in Anbetracht dieser Thatfachen noch zu behaupten wagt: es giebt keinen Nothstand? Hunger that weh und Noth bringt Elend, das ist die erste Mahnung, die jene Erscheinung an die Nachgeborenen richtet.

Jeber organisierte und aufgeklärte Arbeiter aber, der ja die Ursachen dieser traurigen Zustände kennt, muß darauf bedacht sein, aufklärend zu wirken, er muß auch die gegenwärtige Zeitperiode besonders dazu ausnützen, neue Anhänger für unsere Sache, für die Sache der Menschheit zu gewinnen. Schlechte und elende Verhältnisse bilden gerade einen besonders günstigen Boden, der Einzelne vermag da viel eher einzusehen und zu begreifen. Jeder Zielbewußte muß seinem minderen aufgeklärten Nebenmenschen, so gut er eben kann, das ganze soziale und wirtschaftliche Gerüchte zerlegen und ihn auf das Grundübel: die kapitalistische Produktionsweise und auf die Möglichkeit der Schaffung besserer und gesunder Produktion aufmerksam machen. Wir müssen, mit einem Worte gesagt, den Massen die soziale Erkenntnis lehren. F. L.

Zu den Berliner Anträgen.

Statut

des Verbandes der Papier- und Lederwaren-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zweck des Verbandes.

§ 1. Der Zweck des Verbandes ist die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder.

Mittel.

- § 2. Dieser Zweck soll erreicht werden durch: a. Einheitlichen Zusammenschluß (Organisirung) möglichst vieler Berufsgenossen zu gemeinamem Handeln; b. Unterstüzung arbeitsloser und reisender, sowie solcher Mitglieder, welche in Folge ihrer Mitgliedschaft, durch ihre Thätigkeit für den Verband oder durch von demselben getroffene Maßnahmen arbeitslos (ausgeschlossen, gemindert) werden; c. Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz in allen Verlegenheiten und den aus den Arbeiterschutzgesetzen hervorgehenden Streitfällen; d. Regelung des Arbeitsnachweis- und Verleumdungswesens; e. Pflege der Berufskasernen.

Um Absatz a zu erfüllen, wird vom Verbande durch Wort und Schrift, durch Versammlungen und Presse auf die Fernstehenden einzuwirken versucht. Seinen Mitgliedern gewährt der Verband die wöchentlich einmal erscheinende „Buchbinder-Zeitung“ unentgeltlich. Vom 1. Januar 1894 abernimmt das „Gruppische Kartell“, d. i. die Vereinigung der Organisationen der ver-

wandten Berufe möglichst die Agitation durch Versammlung und Presse. Desgleichen wird die Berufskasernen durch diesen Kartell gepflegt.

Mitgliedschaft.

§ 3. Zum Beitritt berechtigt sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Papier- und Lederwarenindustrie Deutschlands.

§ 4. Die Beitrittserklärung wird in Orten, wo der Verband eine Verwaltungsstelle hat, durch den dazu Beauftragten, außerhalb eines solchen bei der nächsten Verwaltungsstelle oder durch den Verbandsvorsitzenden entgegengenommen.

Die Aufnahme wird vollzogen durch Ausfertigung des Mitgliedsbuchs und der Statuten.

§ 5. Die Aufnahme kann verweigert werden, wenn dies im Interesse des Verbandes als notwendig erscheint. Beschwerde ist zulässig beim Gesamtverbandsvorstand, in letzter Instanz beim Ausschuß.

Austritt und Ausschuß.

§ 6. Der Austritt aus dem Verbandsverbande kann jederzeit geschehen, jedoch ist dieser an der zuständigen Stelle schriftlich anzuzeigen. Mit dem Austritt erlöschen alle Rechte.

§ 7. Der Ausschuß eines Mitglieds kann durch die betreffende Verwaltungsstelle oder den Verbandsvorsitzenden erfolgen, wenn

- a. das betreffende Mitglied länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist und nicht Gesandungen nachgeschickt und erhalten hat;
- b. sich Handlungen zu schulden kommen läßt, die dem Interesse des Verbandes entgegenwirken.

Der Bescheidweg ist der gleiche wie bei verweigerter Aufnahme.

Beitrag.

§ 8. Alle dem Verband Beitretenden, mit Ausnahme der im § 53 Genannten, haben ein Auschreibegeld zu entrichten, und zwar Arbeiter 40 Pfg. und Arbeiterinnen 20 Pfg. Der wöchentliche Beitrag beträgt für erstere 20 Pfg., für letztere 10 Pfg.

Die wöchentliche Arbeitslosigkeit und Krankheit bereiten vom Beitrag.

§ 9. In außerordentlichen Fällen ist der Verbandsvorsitzende in Gemeinschaft mit dem Ausschuß befugt, eine Extrarsteuer auszusprechen.

Organisation und Verwaltung.

§ 10. Der Verband trägt den Charakter eines aus Einzelmitgliedern zusammengesetzten Vereins und hat seinen Sitz in

Der Verbandsvorsitzende.

§ 11. Mit der Leitung des Verbandes ist der Verbandsvorsitzende betraut. Derselbe besteht aus sieben Personen und zwar einem ersten und zweiten Vorsitzenden, einem Kassierer und vier Beisitzern.

Der Verbandsvorsitzende vertritt den Verband nach Außen und Außen, den Mitgliedern wie Dritten, insbesondere Staatsregierungen und den Gerichten gegenüber.

§ 12. Die Wahl des ersten Vorsitzenden erfolgt durch (Ur-)Abstimmung der Mitglieder, dabei wird gleichzeitig die Höhe des Gehalts festgelegt. Vorschläge zur Wahl können von allen Verwaltungsstellen gemacht werden, doch haben dieselben sich vorher zu vergewissern, ob die Vorgesetzten annehmend gewillt sind und die erforderlichen Fähigkeiten besitzen.

Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder erfolgt durch die Verwaltungsstelle des Ortes, an dem der Verband seinen Sitz hat.

Um als gewählt zu gelten, ist absolute Stimmenmehrheit erforderlich.

Der Verbandsvorsitzende giebt sich seine Geschäftsordnung selbst, seine Beschlüsse sind im Verbandsorgan zu publizieren.

§ 13. Zugleich mit den sechs Mitgliedern des Verbandsvorsitzenden, welche von der Verwaltungsstelle gewählt werden, an deren Ort der Verband seinen Sitz hat, sind von dieser Verwaltungsstelle drei Revisoren zu wählen. Dieselben haben mindestens vierteljährlich eine ordentliche und eine außerordentliche Revision vorzunehmen, wie überhaupt die gesammte Revision zu überwachen.

Sämtliche Abrechnungen des Verbandskassierers sind von den Revisoren zu prüfen und gegenzuzeichnen.

Der Ausschuß.

§ 14. Der Ausschuß besteht aus fünf Personen und hat seinen Sitz in; seine Wahl erfolgt durch die Mitgliedschaft des Ortes, wo er seinen Sitz hat, und ist, um als gewählt zu gelten, absolute Stimmenmehrheit notwendig.

Der Ausschuß hat die Thätigkeit des Vorstandes zu überwachen und alle Beschlüsse über denselben zu erledigen.

Seine Geschäftsordnung giebt sich der Ausschuß selbst.

Im Falle der Auflösung der Verwaltungsstelle, an welcher der Ausschuß seinen Sitz hat,

hat der Verbandsvorsitzende umgehend eine andere Verwaltungsstelle zur Neuwahl zu bestimmen, doch ist der neue Sitz des Ausschusses bei der nächsten Urabstimmung zu befestigen.

Die Verwaltungsstellen.

§ 15. In allen Orten, in denen der Verband mindestens 10 Mitglieder zählt, sind vom Verbandsvorsitzenden ein oder bei Bedarf mehrere Bevollmächtigte zu ernennen. Die betreffenden Mitglieder haben die Pflicht, durch Vornahme einer öffentlichen oder geheimen Abstimmung des Verbandsvorsitzenden hierzu Personen ihres Vertrauens zu bezeichnen. Die Abstimmung hat in einer Mitgliederversammlung zu erfolgen.

§ 16. Die Verwaltungsstellen geben sich ihre Geschäftsordnung selbst, auch weisen sie den Bevollmächtigten, deren einer als Vorsitzender fungirt, ihre Obliegenheiten zu.

§ 17. Für Orte, in denen die Abhaltung einer Versammlung nicht möglich ist, sind die betreffenden Mitglieder berechtigt, gemeinschaftlich oder jedes für sich dem Verbandsvorsitzenden schriftlich Vorschläge zu machen.

Wo nach dem Vereinsgesetz mehrere Personen als Verein angesehen werden, ist ein Bevollmächtigter zu ernennen, dem es frei steht, Vertrauenspersonen zu seiner Hilfe heranzuziehen.

§ 18. Die Verwaltungsstellen haben 14 Tage nach Ablauf jeden Quartals auf dem hierzu bestimmten Formular dem Verbandsvorsitzenden Rechnung zu legen. Ein vorhandener Ueberschuß ist an die Verbandskasse abzuführen, bei einem Defizittrag hat dieselbe umgehend auszufüllen. Die Höhe des in der lokalen Kasse verbleibenden Bestandes, sowie den Betrag, den die einzelne Verwaltungsstelle für Verwaltungs- und Agitationszwecke selbständig ausgeben darf, bestimmt der Verbandsvorsitzende.

§ 19. Den Verwaltungsstellen bleibt es unbenommen, für Zwecke, die nicht im Statut vorgesehen sind, eine eigene Steuer zu erheben.

Urabstimmung.

§ 20. Der Verband führt sich in seinem Wirken auf die vollkommenste Demokratie, d. h. er gewährt seinen Mitgliedern das Recht, durch regelmäßige wiederkehrende (Ur-)Abstimmungen alle den Verband interessirenden Angelegenheiten nach ihrem Willen zu regeln.

§ 21. Diese Urabstimmung ist jährlich im Januar vorzunehmen. Die Objekte, über welche die Abstimmung zu erfolgen hat, sind:

- 1) Wahl des Vorstandes (Sitz des Verbandes);
- 2) Wahl des Verbandsvorsitzenden und Festsetzung von dessen Gehalt;
- 3) Erledigung aller sonstigen Anträge und Verbandsangelegenheiten.

Um unter Absatz 3 genannte Anträge zur Abstimmung bringen zu können, ist die Unterstüzung von mindestens einem Fünftel der Mitglieder erforderlich.

§ 22. Der Tag, bis zu welchem die Urabstimmung vorgenommen werden muß, ist vom Verbandsvorsitzenden festzusetzen und mindestens zwei Monate vorher im Verbandsorgan bekannt zu geben. Die Abstimmung muß in den einzelnen Verwaltungsstellen nicht gleichzeitig erfolgen. Anträge zu dieser Abstimmung können während des ganzen Jahres, müssen aber bis spätestens sieben Wochen vor dem Termin der Abstimmung an den Vorstand eingeleitet werden.

§ 23. Vom Verbandsvorsitzenden sind die gestellten Vorschläge und Anträge spätestens fünf Wochen vor dem Termin der Abstimmung zu publizieren.

§ 24. Die Abstimmung über gestellte Anträge hat in den Mitgliederversammlungen der Verwaltungsstellen zu erfolgen; dieselbe kann, wenn kein Widerspruch erhoben wird, durch Handheben geschehen. Die genaue Zahl der mit Ja oder Nein Abstimmenden ist dem Verbandsvorsitzenden spätestens drei Tage nach dem Termin, bis zu welchem die Abstimmung beendet sein muß, mit Unterschrift von mindestens zwei Wahlkontrollleuten versehen, eingeleitet zu sein.

Verbandsstag.

§ 25. Alle drei Jahre findet ein Verbandsstag (Generalversammlung von Delegirten der Verwaltungsstellen) statt. Für Festsetzung des Tages etc. gilt das Gleiche wie für Urabstimmung. Der Verbandsstag soll sich hauptsächlich mit dem weiteren Ausbau der Organisation beschäftigen; die Delegirten sollen möglichst gleichzeitig zur Agitation verwendet werden.

§ 26. Je 250 Mitglieder haben das Recht, einen Delegirten zu entsenden. Die Bildung von Wahlbezirken hat der Verbandsvorsitzende in geeigneter Weise vorzunehmen.

§ 27. Der Verbandsstag giebt sich seine Geschäftsordnung selbst.

Unterstützungen.

§ 28. Sämtliche Unterstützungen des Verbandes sind freiwillige, ein Klagbares Recht der Mitglieder besteht nicht.

A. Reise-Unterstützung.

§ 29. Verbandsmitglieder, die dem Verbandsmitglied...

Solche Verbandsmitglieder, die mindestens 13 Wochen dem Verbandsmitglied...

Bedingung für die Auszahlung der Reiseunterstützung ist eine zurückgelegte tägliche Tour von mindestens 25 Kilometern.

Die an einer Verwaltungsstelle zur Auszahlung gelangende Unterstützung darf den Betrag von 3 Mark nicht übersteigen.

§ 30. Als Ausweis zur Erhebung von Reiseunterstützung gelten die vom Verband ausgegebenen Reiselegitimationen, die den Mitgliedern bei der Abreise von einer Bahnstation ausgestellt werden.

Die Legitimation gilt gleichzeitig als Anmeldung beim Wiedereintritt in eine neue Verwaltungsstelle.

§ 31. Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt stets Postnummerando, d. h. am nächsten Erhebungsorte und beginnt mit dem Tage der Abreise aus dem Arbeitsort, bezw. der Zureife aus dem Auslande.

Die Berechnung der Zahl der Tagereisen hat von einer Verwaltungsstelle zur anderen in gerader Linie zu geschehen und wird die Tagereise zu 25 Kilometer gerechnet.

§ 32. Hat das reisende Mitglied Arbeit erhalten, so ist dasselbe verpflichtet, dieses binnen 8 Tagen bei der nächstgelegenen Verwaltungsstelle oder beim Verbandsvorstand zu melden.

§ 33. Eine Arbeitsdauer von weniger als 6 Wochen und Krankheit unterbrechen die laufende Unterstützung, das heißt, bei Wiedereintritt der Reise werden die früheren Reisetage mitgezählt.

§ 34. Mitglieder, welche 60 Tage Reiseunterstützung erhalten, werden erst wieder bezugsberechtigt, nachdem sie 52 bezw. 13 Wochen gesteuert haben.

B. Arbeitslosen-Unterstützung.

§ 35. Verbandsmitglieder, welche ohne Unterbrechung zwei Jahre dem Verbandsmitglied...

§ 36. Diese Unterstützung beträgt für verheiratete männliche Mitglieder 75 Pfg., für ledige 50 Pfg., für weibliche Mitglieder ohne Unterschied 30 Pfg. pro Tag, beginnend mit dem 10. Tage der Arbeitslosigkeit und endigend mit dem 70. Tage.

Als Anfang der Arbeitslosigkeit und der dadurch begründeten Ansprüche gilt der Tag der Anmeldung.

§ 37. Beim Eintritt der Arbeitslosigkeit muß das betreffende Mitglied der Ortsverwaltung resp. dem Verbandsvorstand unter Angabe seiner genauen Adresse schriftliche Mitteilung davon machen, desgleichen bei der Abreise oder beim Wiedereintritt einer Stellung.

§ 38. Solche Mitglieder, welche innerhalb der Zeit, in der sie Arbeitslosenunterstützung empfangen, auf die Reise gehen, erhalten die Reiseunterstützung, wobei jedoch diese Zeit angerechnet wird.

§ 39. Jedes arbeitslose Mitglied ist verpflichtet — unter Berücksichtigung besonders triftiger Gründe — eine ihm vom Arbeitsnachweis zugewiesene und den örtlichen Verhältnissen entsprechende Stelle anzunehmen.

§ 40. Für die in die Arbeitslosigkeit fallende tageweise Beschäftigung, wenn auch in einem anderen Berufe, kommt die Unterstützung in Wegfall. Uebertritt zu einem anderen Berufe, sowie Verschiebung von aus nur tageweiser Beschäftigung geht den Verlust der jeweiligen Unterstützung nach sich.

§ 41. Mitglieder, welche nach § 36 Unterstützung für 60 Tage empfangen haben, werden erst dann wieder unterstützungsberechtigt, nachdem sie mindestens 60 Wochenbeiträge von Neuem entrichtet haben.

§ 42. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt gegen Quittung des Empfängers; hierzu liefert der Verband Formulare.

C. Unterstützung Gemäßigter.

§ 43. Mitglieder, welche wegen ihrer Mitgliedschaft, infolge ihrer Tätigkeit für den Verband oder durch seitens desselben getroffene Maßnahmen (Streiks, Boykotts etc.) arbeitslos (gemäßregelt, ausgespart) werden, erhalten vom Verbandsmitglied...

§ 44. Der Verband gewährt allen Mitgliedern, die mindestens 13 Wochenbeiträge entrichtet haben, in allen im § 2 Absatz 6 genannten Fällen unentgeltlichen Rechtsschutz.

Arbeitsnachweis- und Verschönerwesen. § 45. Der Verband unterhält ständig einen Zentralarbeitsnachweis.

§ 46. Die einzelnen Verwaltungsstellen haben die Pflicht, nach Möglichkeit außer dem Zentralarbeitsnachweis lokale Arbeitsnachweise einzurichten.

§ 47. Die Verbandsmitglieder haben die Pflicht, sich bei eintretender Arbeitslosigkeit beim örtlichen oder Zentralarbeitsnachweis zu melden.

§ 48. Nichtverbandsmitgliedern ist es gestattet, sich im Zentral- wie Lokalarbeitsnachweis zu melden, doch werden Verbandsmitglieder in erster Reihe berücksichtigt.

§ 49. Pflicht der Verwaltungsstellen ist es, für ein möglichst gutes Verkehrslokal zu sorgen.

§ 50. Die Berufsstatistik wird von dem graphischen Kartell geleitet.

§ 51. Das Organ des Verbandes ist die 'Buchbinder-Zeitung, Organ des Verbandes der Papier- und Lederwaren Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.'

§ 52. Zur Überwachung der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Verbandesorgans ist eine Pressekommision bestimmt, die am Erscheinungsorte der Zeitung ihren Sitz hat.

§ 53. Alle Beschwerden über die Tätigkeit der Verwaltungsorgane des Verbandes sind zu richten:

a. an die Vorstände der Ortsverwaltungen, b. an den Zentralvorstand, c. an den Aufsicht.

Jede Beschwerde ist zunächst schriftlich oder mündlich begründet, bei der zuständigen Stelle anzubringen und bei erfolgter Abweisung eventuell an der dieser vorgelegten Körperschaft.

§ 54. Der Verbandsvorstand ist befugt, mit Vereinen, die durch Gesetz am Beitritt verhindert sind, Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen.

§ 55. Die Mitglieder des Verbandes der Vereine der in Buchbinderei etc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen treten ohne Weiteres in den Verband unter Anrechnung ihrer Mitgliedschaft über.

§ 56. Es waren also in der letzten Stellung 2 à 8, 1 9, 5 9/16, 72 à 10, 27 à 10 1/2, 29 à 11, 2 à 11 1/2, 11 à 12, 1 12 1/2 und 4 à 13 Stunden täglich beschäftigt; 35 waren beim Meister in Rost und Logis.

nachdem sie 100 Wochenbeiträge gesteuert haben. § 56. Eine Auflösung des Verbandes kann nur durch Unanimität beschlossen werden und ist dazu zwei Drittel Majorität der Abstimmenden nöthig.

Das etwa vorhandene Vermögen ist im Geiste dieser Statuten zu verwenden.

Korrespondenzen.

Hannover. Da man jetzt, wenn man eine Zeitung zur Hand nimmt, fast weiter nicht als von Nothstand und Arbeitslosigkeit liest und die Arbeitslosenstatistiken gegenwärtig der Tagesordnung sind, so wird es gewiß nicht schaden, wenn wir zu diesem Thema ebenfalls einen kleinen Beitrag liefern.

Die Arbeitslosenstatistik wird vom Verein Hannover seit 1. Mai 1892 regelmäßig geführt und umfaßt alle Kollegen, welche die Reiseunterstützung in Empfang genommen haben, sowie diejenigen Kollegen, welche sich beim Arbeitsnachweis als arbeitslos gemeldet hatten.

Die Zahl derselben betrug im Ganzen 160, davon waren 4 nicht im Verband. Im Laufe des Jahres waren 12 mehr als einmal arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit betrug im Ganzen 5446 Tage, oder durchschnittlich 34 Tage pro Mann; hierbei sind jedoch 202 Krankentage, welche in die Zeit der Arbeitslosigkeit fielen, mitgerechnet.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 175 Tage, die kürzeste 1 Tag; bei den Zurückgekehrten ist jedoch nur die Zeit vom Tage der Entlassung bis zum Tage, wo beim Verein Hannover die Unterstützung in Empfang genommen wurde, gerechnet.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitslosen in ihren letzten Stellungen waren folgende:

Table with 2 columns: 'pro Woche' and 'u. freie Station'. Rows list various work durations and station types.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Harder als 1. und Ranze als 2. Vorsitzender, Schneewind Schriftführer, als Kassier Wohlers, Bogländer, Berner, Schröder, Werner, Fril. Nagel und Fril. Krogn. Mit der provisorischen Fortführung der Kassengeschäfte wird Kollege Schmidt beauftragt, da sich zur definitiven Übernahme des Kassieramtes keiner der Anwesenden verstehen wollte.

Neuwaren: Krebs, Steinlauf und Frau Gangel. Der Arbeitsnachweis wurde Kollege Giersberg, die Bibliothek Kollege Wohlers übertragen. Unter Verschiedenes kamen innere Vereinsangelegenheiten zur Sprache, worauf die Versammlung 11 1/2 Uhr geschlossen wurde.

Mit der Tagesordnung: Anträge zum Verbandstage, Wahl eines Delegierten, Verschiedenes und Fragekasten hielten wir am 11. Februar eine außerordentliche Versammlung ab.

Zu Punkt 1 nahmen wir zu den in der 'Buchbinder-Zeitung' bekannt gemachten Anträgen Stellung. Der Antrag Stuttgart, bei § 1 d soll hinter das Wort 'gewerblicher' noch eingefügt werden: 'sowie in solchen Streitfällen' u. s. w., fand allgemeine Anerkennung.

Zu dem Antrag Saalfeld erklärte sich die Mehrheit, das Unterstützungswesen nach alter Weise fortzuführen; ebenfalls fand der Antrag Braunshweig: Unterstützung Arbeitsloser am Ort, keinen Anklang, da wir mit den jetzigen Steuern nicht die Mittel dazu hätten.

Zum Antrag Stuttgart, betreffs Unterstützung für Fußreisende pro Kilometer 2 Pfg. und für Bahnreisende 1 Mark pro Tag, erklärten die Anwesenden, daß die Kilometerunterstützung den Bahnreisenden gegenüber zu gering sei.

Zum Antrag Nürnberg, 'Einführung einer Pressekommision', erklärte sich die Versammlung dafür, daß der Sitz nicht vom Erscheinungsorte der Zeitung getrennt sei. Bezuglich Schaffung eines Graphischen Kartells wurde folgende Resolution angenommen:

Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine engere Vereinigung der graphischen Organisation auf alle Fälle anzustreben ist, welches für den Augenblick aber nicht als unmittelbar erreichbar erscheint, beschloß der Verein die baldmöglichste Gründung der in Aussicht genommenen graphischen Kasse.

Der Beitrag soll, wie in Aussicht genommen, wöchentlich 5 Pfg. sein, und ist mit den übrigen Beiträgen zu erheben und durch die Verbandskasse abzuliefern. Die Kasse soll jedoch nicht, wie der in der 'Buchbinder-Zeitung' veröffentlichte Entwurf sagt, 'zur gegenseitigen Unterstützung in Streitfällen', sondern nur zur Unterstützung gemeinsamer Unternehmungen verwendet werden und im Uebbrigen unangreifbar sein.

Die weiteren Verhandlungen über die nähere Organisation der Kasse ist dem Verbandsvorstand anheimzugeben. H. Hiermit war der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt.

Das Alter der Arbeitslosen betrug bei: 75 zwischen 17 und 20 Jahren, 54 " 20 " 25 " 15 " 25 " 30 " 3 " 30 " 35 " 7 " 35 " 40 " 1 " 40 " 45 " 3 " 45 " 50 " 1 über 50 Jahre alt.

Wegen Mangel an Arbeit waren 48 entlassen. 18 haben die Stellung freiwillig auf; davon einer wegen Krankheit, einer wegen Streit, einer weil er den Vergoldbedarf besuchte (derselbe mußte nachher seine Kanntaffe auf der Falkstraße verwerten); einer war aus der Falkenheiden Ferienkolonie entlassen und nachher gezwungen, vom dem Fest zu gehen, welches sich in den drei Jahren angeammelt hatte; einer gab seine Stellung wegen schlechtem Lohn und Kost auf (12 Stunden Arbeit 4 M.); einer wegen schlechter Lohn (13 Stunden, 7 M.); drei wegen schlechtem Lohn (einer hatte 13 Stunden, 6 M. bei freier Station, einer hatte 10 1/2 Stunden, 12 50 M., und einer hatte 12 Stunden, 6 88 M.); einer wegen zu langer Arbeitszeit (12 Stunden, 5 50 M. bei freier Station); einer wegen schlechter Kost und zu langer Arbeitszeit (12 Stunden, 5 M. und freier Station); zwei wegen schlechter Behandlung; einer wegen unregelmäßiger Lohnauszahlung.

Hannover. Am 21. Januar hielten wir unsere erste Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Geschäfts- und Kassenbericht, 2) Abrechnung vom Weihnachtstest, 3) Neuwahl des Vorstandes, 4) Neuwahl für den Arbeitsnachweis, 5) Ewige Anträge, 6) Verschiedenes und Fragekasten.

Aus dem Geschäftsbericht gingen folgende Zahlen hervor. Abgehalten wurden im vierten Quartal 1892 6 Versammlungen und 5 Vorstandssitzungen. — Beiträge wurden gehalten von Kollege Goppert über 'Bücherverein und Krankenliste', von Herrn Bey über 'Unternehmergebände und Arbeiterorganisation', von Kollege Harder über 'Organisationsform unserer Berufsvereine'. — Die Mitgliederzahl betrug am 1. Oktbr. 1892 139 männliche und 13 weibliche.

Eingetretene im 4. Quartal 27 männliche und 3 weibliche, abgetreten in gleicher Zeit 20 männliche, somit beträgt der Mitgliederbestand am 1. Januar d. J. 146 männliche und 16 weibliche. Von den 20 Ausgetretenen sind: abgetritt 5, ausgesreten 4, wegen Resten gestrichen 11.

Zu Punkt 2 gab Schmidt den Kassenbericht und ging aus demselben hervor: Einnahmen 705,63 Mark, Ausgaben 286,08 Mark, somit verbleibt ein Kassenbestand von 419,55 Mark.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Harder als 1. und Ranze als 2. Vorsitzender, Schneewind Schriftführer, als Kassier Wohlers, Bogländer, Berner, Schröder, Werner, Fril. Nagel und Fril. Krogn. Mit der provisorischen Fortführung der Kassengeschäfte wird Kollege Schmidt beauftragt, da sich zur definitiven Übernahme des Kassieramtes keiner der Anwesenden verstehen wollte.

Neuwaren: Krebs, Steinlauf und Frau Gangel. Der Arbeitsnachweis wurde Kollege Giersberg, die Bibliothek Kollege Wohlers übertragen. Unter Verschiedenes kamen innere Vereinsangelegenheiten zur Sprache, worauf die Versammlung 11 1/2 Uhr geschlossen wurde.

Mit der Tagesordnung: Anträge zum Verbandstage, Wahl eines Delegierten, Verschiedenes und Fragekasten hielten wir am 11. Februar eine außerordentliche Versammlung ab.

Zu Punkt 1 nahmen wir zu den in der 'Buchbinder-Zeitung' bekannt gemachten Anträgen Stellung. Der Antrag Stuttgart, bei § 1 d soll hinter das Wort 'gewerblicher' noch eingefügt werden: 'sowie in solchen Streitfällen' u. s. w., fand allgemeine Anerkennung.

Zu dem Antrag Saalfeld erklärte sich die Mehrheit, das Unterstützungswesen nach alter Weise fortzuführen; ebenfalls fand der Antrag Braunshweig: Unterstützung Arbeitsloser am Ort, keinen Anklang, da wir mit den jetzigen Steuern nicht die Mittel dazu hätten.

Zum Antrag Stuttgart, betreffs Unterstützung für Fußreisende pro Kilometer 2 Pfg. und für Bahnreisende 1 Mark pro Tag, erklärten die Anwesenden, daß die Kilometerunterstützung den Bahnreisenden gegenüber zu gering sei.

Zum Antrag Nürnberg, 'Einführung einer Pressekommision', erklärte sich die Versammlung dafür, daß der Sitz nicht vom Erscheinungsorte der Zeitung getrennt sei. Bezuglich Schaffung eines Graphischen Kartells wurde folgende Resolution angenommen:

Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine engere Vereinigung der graphischen Organisation auf alle Fälle anzustreben ist, welches für den Augenblick aber nicht als unmittelbar erreichbar erscheint, beschloß der Verein die baldmöglichste Gründung der in Aussicht genommenen graphischen Kasse.

Der Beitrag soll, wie in Aussicht genommen, wöchentlich 5 Pfg. sein, und ist mit den übrigen Beiträgen zu erheben und durch die Verbandskasse abzuliefern. Die Kasse soll jedoch nicht, wie der in der 'Buchbinder-Zeitung' veröffentlichte Entwurf sagt, 'zur gegenseitigen Unterstützung in Streitfällen', sondern nur zur Unterstützung gemeinsamer Unternehmungen verwendet werden und im Uebrigen unangreifbar sein.

Die weiteren Verhandlungen über die nähere Organisation der Kasse ist dem Verbandsvorstand anheimzugeben. H. Hiermit war der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt.

Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Woppert gewählt.

Unter Verschiedenes wurde ein Antrag auf Unterstützung von 30 Mark an die hier freistehenden Feilenhauer angenommen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Dresden. In der am 4. d. M. von den Verbandsangehörigen Dresdens einberufenen Versammlung sprach Kollege F. Schlegel über den bevorstehenden Verbandstag. Gleich zu Anfang bemerkte derselbe, daß an diesen besondere Erwartungen geknüpft werden, daß aber dieser Optimismus falsch sei, wie die früheren Verbandstage und andere Arbeiterkongresse, z. B. der Halberstädter, bewiesen haben. Wer bei diesen Zusammenkünften überflüssige Hoffnungen hat, wird immer enttäuscht werden. Der nächste, in Frankfurt tagende Verbandstag habe drei Hauptfragen zu erledigen, deren Lösung man heute schon voraussehen kann. Zunächst ist es die Umlösung mit der Regelung der Verbandstage, zweitens der Anschluß an das graphische Kartell und drittens die Umgestaltung der gegenwärtigen Organisation. Von der ersten solle man sich nicht so viel versprechen; die bedeutenden Ersparnisse, die damit verbunden sein sollen, könne man nur bedingt zugeben. Werde die Umlösung öfter angewandt, dürften die Kosten ganz beträchtlich werden; würde sie, was wahrscheinlich ist, wenig gebraucht, so verheißt sie ihren Zweck. Eine gute Seite haben solche Bestimmungen, weil man nicht mehr sagen könne, 19 Vereine ständen dafür und nur 5 dagegen, es könne sich herausstellen, daß die 5 Vereine weit mehr Mitglieder repräsentierten wie die 19. Auch in Bezug auf das graphische Kartell könne nicht optimistisch sein. Man dürfe sich nicht verheißeln, daß ein großer Teil der dabei Interessierten durchaus keine Neigung zeige. Besonders bei den Buchdruckern sei das zu bemerken, er wolle aber diesen Leuten durchaus keinen Vorwurf machen, sie handelten ebenso in ihrem Interesse, wie im Interesse der übrigen Arbeiterwelt. Das Kartell würde sich auch mehr und mehr als Streikfakt. entpuppen. Es sei aber wahrhaftig nicht nötig, zu diesem Zweck besondere Klassen und Formen zu suchen. In solchen Fällen habe sich das Solidaritätsgefühl immer bemächtigt und werde sich auch in Zukunft besser bewähren, wie alle Streikfakt. im Uebrigen sei es falsch, Kapital mit Kapital bekämpfen zu wollen. Das Unternehmertum sei immer im Stande, mehr Geld aufzubringen, wie die Arbeiter. Ein wirksames Mittel im Kampf ist nicht die Ansammlung von Fonds, sondern einzig und allein die Organisation, und da halte er die berufliche für die beste. Der Referent berührt dann noch die Zeitungsfrage für den Fall des Zusammenschlusses der graphischen Gewerkschaften.

Biel wichtiger wie die beiden behandelten Fragen ist für uns die der Umgestaltung des Verbandes. Es handelte sich in Frankfurt darum, eine sogenannte ständige Organisation zu schaffen. Es sei angebracht, das Wesen der Arbeiterorganisation und die zum Verbandstag gestellten Anträge einer Kritik zu unterziehen. Es könne zwar nicht seine Freiheit aus der Stuttgarter „Schwäbischen Tagwacht“ beziehen, sei aber der Ansicht, daß uns eine strengere Zentralisation Schaden bringe. Er sei früher immer für Zentralisation eingetreten, aber die Vorgänge der letzten Zeit hätten ihm einen gewaltigen Dämpfer aufgesetzt. Und es ist richtig. So wie jeder Ort eine andere Lage und Verhältnisse hat, wie dort die Industrie mehr oder weniger entwickelt und das Kapital mehr oder weniger konzentriert ist — so fordert auch der Kampf in den verschiedenen Orten eine verschiedene Behandlung, und es müssen die am Ort befindlichen die jeweiligen Verhältnisse am Besten kennen und wissen, wie sie den Kampf zu führen haben. Jeder müsse demnach die Initiative des Selbstbestimmungsrechtes haben. Das Rauben dieser Möglichkeit bringe immer Schaden.

Es sei anzuerkennen, daß durch Uebernahme der Revisorstellung seitens des Verbandes eine größere Gleichmäßigkeit erzielt werde, kleinere Orte werden entlastet, größere mehr herangezogen. Durch die Aufhebung der einzelnen Vereine verlieren die Mitglieder ihr Selbstbestimmungsrecht und es ist natürlich, daß die Handlungen der wenigen Personen, die die Leitung haben, mehr oder weniger in Diktatur ausarten müssen. Die Verhältnisse bringen das mit sich. Referent bringt die letzten Vorkommnisse bei Annaberg, Wiesbaden und Dresden in Erinnerung und erklärt sich gegen eine Umlösung der Organisation im gewöhnlichen Sinne. Man müsse im Gegenteil bestrebt sein, die Gewerkschaften freier auszubauen, damit Jeder, der Interesse hat, darin Platz hat, unbekümmert um seine sonstigen Anschauungen.

Die Ausführungen Schlegel's fanden lebhaften Beifall. Die Debatte war eine sehr regere. Die Weichen schloßen sich den Ausführungen Schlegel's an und erklärten sich gegen die Umgestaltung des Verbandes und das diktatorische Vorgehen (Zentralisation) des Verbandes. Seitens eines Verbandsangehörigen wurde konstatiert, daß die Mehrheit der hiesigen Mitglieder des Verbandes auf dem Boden des Flugblattes steht. Sie süßten sich in erster Linie als Dresdener, in zweiter Linie erst als Verbandsangehörige. Ihren Antrag bez. Umlösung des Verbandes haben sie gestellt, ehe die bekannte Briefkastennotiz kam. Ein Kollege ludte die Handlungen des Verbandsvorstandes zu vertheidigen. Der Vertreter hat allerdings wenig Ursache, auf diesen Rippen stolz zu sein, denn so gemein und steifhaft hat sich bei uns noch keiner aufgeführt wie dieser Herr. Jeder

anständige Mensch verwirft eine derartige Kampfesweise.

Leipzig. Die am 4. Februar in „Universitätskeller“ stattgehabene Versammlung der in Buchbinderberuf beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen befaßte sich mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Verbandstag.“ Als Referent führte Kollege Scherer folgendes aus: In der Buchbinderbewegung haben sich die Verhältnisse in der letzten Zeit derart zugekehrt, daß es schwer ist, diese Unannehmlichkeiten so zu regulieren, daß es zur beiderseitigen Zufriedenheit ausfällt. Der Ursprung der gegenwärtigen Streitigkeiten war die reaktionelle Äußerung der Wälder'schen „Annonce“, worüber verschiedene Vereine ihrer diesbezüglichen Meinung Ausdruck gaben. Maßgebend kann es nicht für uns sein, wenn sich 19 Vereine dafür und 5 dagegen aussprechen. Es ist zu beachten, daß die 5 Vereine den 19 an Mitgliederzahl nicht viel nachstehen. Redner legt Johann den Verfall in klarer Weise die Verhältnisse zwischen dem Verbandsvorstand, resp. dem Vorsitzenden, und den Vereinen Karau, St. Gallen, Wiesbaden, Annaberg und Dresden dar. Unbegreiflich sei, daß die Reaktion die Vereine Karau und St. Gallen nicht in das Referendungsverhältnis aufgenommen habe, da doch früher auch Leipzig die Zeitung nicht obligatorisch eingeführt hätte und doch in das Verzeichnis aufgenommen wurde. Redner schenkt es, daß die Redaktion in den letzten Jahren etwas empfindlich geworden sei, sonst könnte man gegen einzelne Vereine, z. B. Annaberg, nicht so vorgehen, wie geschehen ist. Dieses Vorgehen gegen Annaberg ist Diktatur. Anders liege die Sache mit Wiesbaden. Hier habe der Verbandsvorstand gewissermaßen das Recht gehabt, so vorzugehen, nicht weil dieser Verein sich vom Verband löst, sondern weil derselbe die Zeitung abbestellte und seinen Verpflichtungen gegen den Verband nicht nachkam. Jedoch sei es nicht praktisch gehandelt, in solch scharfer Weise vorzugehen, denn bekanntlich holt ein Wort das andere, sondern man mußte zusehen, den Wiesbadener Verein von seinem Beschluß wieder abzubringen. Ferner sei es nicht konsequent von Seiten der Redaktion, daß der letzte Bericht von Wiesbaden Aufnahme fand und ebenso die Veröffentlichung der Briefkastennotiz auf das Wiesbadener Schreiben, wogegen die Dresdener Resolution nicht Bericht abgelegt wurde. Das Dresdener Flugblatt unterzeichnet Redner im Prinzip, hält aber auch sehr Vieles nicht für angebracht und ist der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, das Flugblatt wäre wenigstens nicht in dieser Weise erschienen. Vorschläge dagegen soll man auch nicht hegen, da man in der Gewerkschaftsbewegung weder „Unabhängige“ noch „Faktionelle“ kennt, sondern „Kämpfer“ für Verwirklichung unserer Ziele. Folgende Resolution empfiehlt Redner zur Annahme:

Die Versammlung erwartet, daß der Verbandstag folgendes beschließt: I. a. Umgestaltung des Verbandes in Mitgliedschaften (statt Vereine), b. Einführung der Umlösung, c. Eintheilung des Verbandes in Gauen, d. Einführung der Arbeitslosenunterstützung, e. Beibehaltung der Buchbinder-Zeitung, f. Schaffung einer Preiskommission, g. Trennung des Redakteurpostens von dem Posten des Verbandsvorsitzenden. II. Die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes gegen den Verein Annaberg, betreffend die Legitimationskarten des Vereines Annaberg nicht mehr anzuerkennen, ist zu Unrecht geschehen. III. Eine bestimmte Erklärung der Stellung des Verbandes gegenüber den Vereinen, welche zwar nicht dem Verbandsangehörigen, jedoch auf demselben prinzipiellen Boden stehen.

Die Versammlung verpflichtet ihre Vertreter, soweit es die Geschäftsordnung des Verbandstages erlaubt, für obige Grundsätze zu wirken.

Kollege Wache als erster Redner steigt auf dem Boden der Fokalisation und behauptet, daß die Zentralisation stets in Diktatur ausarte. Er hält die Haltung des Referenten nicht für die richtige, man müsse sich ganz auf den Standpunkt des Flugblattes stellen.

Buchmalb-Altensburg führt aus, daß er bisher der Meinung war, daß die Großstädter den Kleinstädtern zehn Jahre voraus wären. Das Umgekehrte sei aber beim Vorredner der Fall. Weiter hält er es für richtiger, zunächst zu beschreiben, ob wir eventuell dem Verband beitreten wollen, ist mit obiger Resolution im großen Ganzen einverstanden, wendet sich gegen einzelne Punkte derselben und ist der Meinung, wenn auch nicht alles in der Resolution Entbaltene erfüllt würde, wir uns dem Verbandsangehörigen nicht. Michel findet das Vorgehen der Verbandsleitung unter aller Kritik. Früher wären im Adressenverzeichnis Vereine bekannt gegeben, die auch nicht die obligatorische Einführung der Zeitung hatten. Radtzen legt auf die Unterstützungsfrage viel Gewicht und möchte dieselbe gern ausgedehnt wissen. Kloth kommt es nicht auf die Form der Organisation an und schlägt folgende Resolution vor:

Die heute im Universitätskeller versammelten und in Buchbinderberuf beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären, daß sie prinzipiell nichts gegen die Zentralisation einzuwenden haben, jedoch in Berücksichtigung der besonderen sächlichen, bzw. der Leipziger Verhältnisse davon absehen, sich jetzt schon dem

Verband formell anzuschließen. Die Verammelten betonen aber zugleich, daß sie im Uebrigen jeberzeit bereit sind, voll und ganz der gesammten Arbeiterbewegung gegenüber, sei es geistig, sei es materiell, ihre Pflicht zu thun. Frey erfaßt die Redner, welche das Vorgehen des Verbandsvorstandes kritisieren, auch die Handlungsweise der Vereine zu beachten, hält den Stuttgarter Versammlungsbericht nicht für konsequent und möchte darin die Ausführungen der Verbandsgegner angefaßt wissen, tritt weiter für den Anschluß an den Verband ein, da Leipzig nicht viel verlieren und beantragt, zwei Delegierte zu entsenden. — An der Diskussion beteiligten sich wiederholt Wache, Michel, Schwab, Roth, Hallwig, Schmidt und Radtzen. Die Abstimmung ergiebt Annahme des Antrags Frey, der Resolution Scherer's gegen etwa 5 Stimmen, sowie der Resolution Kloth mit schwacher Majorität; ferner eines Antrages Scherer's mit folgendem Wortlaut: „Die heutige Versammlung beauftragt und verpflichtet ihre Vertreter zum Verbandstag, sich vom Verein Annaberg die genauesten Informationen zu verschaffen, betreffend die Angelegenheit contra Verbandsvorstand resp. Redaktion.“

Als Delegierte wurden gewählt Scherer und Radtzen, Jpperer als Ersatzmann. Nachdem Kollege Jpperer auf die in Leipzig vorzunehmende Arbeitslosenstatistik aufmerksam gemacht hat, fordert Kollege Michel zum gemäßigten Besonnenheit, da ein Kollege einige Maß Bier geschenkt habe, und wird die gut verlaufene Versammlung wegen vorgerückter Zeit geschlossen.

Altensburg. Sonntag, den 22. Januar, hielten wir unsere vierteljährliche Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht: a. des Vorstandes, b. des Kassirers und c. des Bibliothekars; 2. Gelanmtvorstandswahl; 3. Sonstige Angelegenheiten; 4. Verschiedenes. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu ersehen, daß im letzten Quartal sechs Vereins- und eine Generalversammlung abgehalten wurden. Vorträge wurden zwei gehalten. Außerdem fanden noch mehrere Vorlesungen statt. — Wie dem Kassenericht zu entnehmen ist, haben wir Einnahme 258,59 Mk., dagegen Ausgabe 97,83 Mk., bleibt ein Kassenschatz von 160,76 Mk. für nächstes Quartal. — Die Bibliothek umfaßt gegenwärtig 89 Bände, wovon 20 Herrn Buchmalb gehören.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der alte wieder gewählt. Im dritten Punkt wurde Herr Buchmalb als Delegierter gewählt und wird ihm ein gebenedes Mandat für Reorganisation des Verbandes in einen 3-ntalverband aus Mitgliedern gegeben.

Kollege Dörnemann (Planen) stellt den Antrag, den Wiesbadener Kollegen seine Revisorunterstützung mehr zu zahlen. Die Kollegen Hallwig (Leipzig) und Wolf (Altensburg) sprechen sich theils für, theils gegen den Antrag aus. Von Kollege Hallwig wird ein Gegenantrag gestellt; bei der Abstimmung wird der Antrag Dörnemann's mit allen gegen eine Stimme abgelehnt, der Antrag Hallwig's mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Kollege Dörnemann bringt sodann noch das Dresdener Flugblatt zur Sprache und kritisiert das Vorgehen der Dresdener Kollegen scharf. Kollege Hallwig ist mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes nicht einverstanden und will den Punkt vom Verbandstage geregelt haben.

F. Janide. Düsseldorf. Am 28. Januar fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1) Lesen des Protokolls; 2) a. Geschäftsbericht, b. Kassenericht, c. Bibliotheksbericht, d. Bericht über den Arbeitsnachweis; 3) Erwählung des Vorstandes; 4) Wahl eines Delegierten zum Verbandstag; 5) Anträge; 6) Fragen und Verschiedenes.

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir: Mitgliederbestand am 1. Okt. v. J. 29. Neu angenommen wurden im Laufe des Quartals 6, davon 3, welche schon einem Verein angehörten; in derselben Zeit ausgetreten 1, ausgegliedert 2, abgetreten 7; bleibt Bestand 25, davon 4 auswärtige. Versammlungen fanden statt: 1. Generalversammlung, 8 ordentliche und 2 außerordentliche Mitgliederversammlungen. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 8 Sitzungen. Die Vereinsversammlungen waren durchschnittlich gut besucht.

Der Kassenericht ergiebt: Einnahmen 75,05 Mk., dazu Kassenschatz vom 1. Oktober 71,99 Mk., macht 147,04 Mk.; Ausgaben betragen 67,18 Mk. gegenüber und verbleibt ein Kassenschatz von 79,86 Mk. Nachdem die Revisoren den Richtigen der Kasse befragt hatten, wurde dem Kassier Decharge erteilt.

Der Bibliotheksbericht konstatiert eine stätliche Vermehrung durch Geschenke unseres früheren Mitgliedes Kollegen Detering, dem an dieser Stelle Dank gesagt sei. Die Verhütung der Bibliothek ließ etwas zu wünschen übrig. Unser Arbeitsnachweis wurde von 43 durchreisenden Kollegen benutzt, während die hiesige Peinzipsalität demselben immer noch feindselig gegenübersteht.

Zu Punkt 3 erklärt Kollege Homfeld, sein Amt als Vorsitzender des Vereines niederlegen zu müssen, da er glaubt, das Vertrauen der Kollegen nicht mehr zu besitzen. Die darauf folgende Debatte belehrte ihn jedoch des Gegenteils und verbleibt derselbe auch ferner in seinem Amte. Ebenso hat unser 2. Vorsitzender Kollege Dretsch sein Amt niedergelegt, glänzte aber durch Abwesenheit, weshalb er auch seinen Rücktritt nicht

motivirte; an seine Stelle tritt Kollege Rauheimer. — Hierauf wird zur Wahl eines Delegierten zum Verbandstag geschritten und wird Kollege Homfeld hierzu gewählt. Hierbei verdient jedoch Erwähnung zu werden, daß von 11 anwesenden Kollegen 4 weiße Stimmzettel abgaben.

Zu Punkt 5 tritt wiederholt der Antrag des Kollegen Seyfarth vor, die Beiträge von 25 auf 20 Pfg. herabzusetzen. Hierüber wird jedoch zur Tagesordnung übergegangen, da doch in nächster Zeit eine Aenderung eintreten würde. Ein Antrag des Kollegen Mayer wird dahingehend angenommen, daß die Bibliothek eingezogen, revidirt und für die Folge das Bibliotheksreglement strikte eingehalten wird. Ferner werden 2 Mk. für den Leuzinger Anzeiger bewilligt. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung um 1/2 12 Uhr. Rauheimer.

Dortmund. In welchem Umfang gegenwärtig die Arbeitslosigkeit auch in unserem Gewerbe graffirt, dafür liefert aus der Tagesordnung unseres hiesigen Arbeitsnachweises ein berechnetes Zeugnis. Dortmund bildet ja infolge seiner geographischen Lage und als Mittelpunkt eines Industriebezirktes schon seit Jahren einen Ziel- und Kreuzungspunkt aller reisenden Arbeitlosen und dürfte wohl deshalb unseren Zusammenstellungen einiger Werth nicht abspuhen sein.

Wir ziehen bekanntlich seit Ende 1891 auch an Nichterwählter Reisegesellschaft, zu welchem der größte Theil der Prinzipale vierteljährlich 1,50 Mk. beiträgt. Früher dessen ist das Umhauen in den Werktagen nicht gestattet und jeder durchreisende Kollege gegungen, unsern Arbeitsnachweis aufzuführen, wodurch wir die Zahl der Durchreisenden ziemlich genau kontrollieren können. Nach dem Bericht reisten durch im Jahre 1892:

Table with 2 columns: Quarter and Number of members. 1. Quartal 42, darunter 15 Verbandskollegen. 2. " 103, " 43. 3. " 137, " 49. 4. " 65, " 20.

zusammen 347, darunter 117 Verbandskollegen. Reisegesellschaft erhielten: 118 Verbandsmitglieder à 80 Pfg. = 94,40 Mk. 229 Nichterwählter à 30 " = 68,70 " Summa 163,10 Mk.

Zeit dem 1. Juli vorigen Jahres haben wir auch Erhebungen darüber angestellt, wie lange die beim Arbeitsnachweis Vorprechen bereits arbeitslos waren, und können wir folgendes angeben: Im 3. Quartal waren die 137 Durchreisenden zusammen 682 Wochen ohne Arbeit, darunter 1 über 20, 33 über 10 Wochen. Im 4. Quartal waren die 65 Durchreisenden zusammen 321 Wochen ohne Arbeit, darunter 3 über 20, 9 über 10 Wochen.

Wachsthum ist auch noch die von Jahr zu Jahr wachsende Zahl der Durchreisenden, wodurch die Ausgaben für Geschenke ganz erheblich gestiegen sind. Es wurden unterhütig: 1889 43 Verbandsmitgl. à 50 Pfg. = 21,50 Mk. 1890 93 " à 50 " = 46,50 " 1891 134 " à 50 " = 67, " 1892 118 " à 80 " = 94,40 "

Man sieht also, welche Summen uns jährlich die Revisorunterstützung kostet, und wie sie von Jahr zu Jahr fast um die Hälfte gestiegen ist. Die Gelder, welche von Seiten der Prinzipale dazu aufgebracht werden, haben in der ersten Hälfte des vorigen Jahres gerade gereicht, um jeden Durchreisenden mit 30 Pfg. zu unterziehen, in der letzten Hälfte aber konnten wir dies nur mit ganz erheblichen Opfern unsererseits, wenn wir nicht anders den Arbeitsnachweis fahren lassen oder unsern Verbandskollegen jene 30 Pfg. entziehen wollten.

Wie mangelhaft auch unsere Zusammenstellungen noch sein mögen, so sieht man doch zur Genüge daraus, in welchem Maße die Arbeitslosigkeit zunimmt und die Arbeitslosigkeit nur auf einige Wochen beschränkt ist. Im 1. und 4. Quartal 1892 sind nicht einmal die Hälfte weniger durchgereist als in den Sommermonaten, ein Beweis dafür, daß auch die Saisonarbeit immer mehr zurückgeht. Und da es, wie ja die Berichte anderer Vereine nachweisen, auch anderswo nicht besser ist, dürfte wohl der Schluß zu ziehen sein, daß beinahe zwei Drittel der wandernden Kollegen gar nicht mehr hoffen dürfen, einmal dauernd von der Landstraße wegzukommen. Wenn wir nun noch diejenigen in Betracht ziehen, die in den Städten arbeitslos liegen, welche Umstände halber an ihren Ort gesteckt sind, so zeigt sich das Elend in noch viel größerer Gestalt. Diese haben gewissermaßen noch weniger Gelegenheit, einmal für längere Zeit oder auch vorübergehend Stellung zu erhalten, weil sie immer erst warten müssen, bis durch Kündigung oder sonstige Zufälle eine Stelle frei wird. Diese Zustände aber eben eine gewaltige Sprache und mahnen uns mit ehehrer Stimme: zu handeln, ehe es zu spät ist.

Duisburg-Hrubort. Dem längeren Wunsche unserer einsetzenden Mitglieder, auch einmal etwas von Duisburg-Hrubort im Organ zu lesen, sowie dem Beschluß der letzten Generalversammlung betreffend Veröffentlichung des Verbandsberichts endlich nachkommend, will ich versuchen, ein kleines Bild unseres Vereinslebens im letzten Jahr zu geben. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl 18 dieselbe geblieben ist, da neben 19 Aufnahmen eben so viele Abmeldungen, Ausschlüsse u. Rathgefallen haben. Versammlungen wurden 19 (Duisburg 13, Hrubort 6) abgehalten und ist das Präsidat in Betreff Verlauf derselben drei Mal schlecht, vier Mal befriedigend, sechs Mal ziemlich gut und

sches Mal gut. Gegen 1891 ist also eine Besserung des Befundes zu konstatieren. An Postlagen gingen 144 Stück ein, während dem 290 Stück ausgingen. Die Postliste wurde von 61 Kollegen in Anspruch genommen, welche zusammen 32,25 Mk. an Unterstüfung erhielten.

Die eingereichte Laubei im Bezahlen der Beiträge bedingte eine Statutenänderung, welche so erliefert wurde, daß in einem Nachtrag bestimmte Grenzen festgelegt wurden, bis zu welchen ein Mitglied ausgeschlossen werden muß. Nebenbei sei bemerkt, daß wir auf Grund dieses Nachtrages schon gezwungen waren, Kollegen auszuschließen, die zum Teil schon an der Spitze eines Vereins standen.

Der Kassenbericht balanciert mit einer Gesamtsumme (inklusive Saldo 1891) von 266,97 Mk. und einer Gesamtausgabe von 171,11 Mk.; es bleibt somit ein Bestand fürs neue Geschäftsjahr von 95,86 Mk., wovon 75 Mk. jährl. angelegt wurden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgenden Resultat: Vorsitzender Weißer, Kassier Bodermann, Schriftführer Dörmann, Revisoren Wischmayer und Deise, Rechtsch. Bodermann, Rheinlein und Weißer. Als Delegierter zum Gewerkschaftstaktel wurde Bodermann, als Delegierter zum Verbandstaktel Kollege Bongartz in den Gemein gewählt.

An den Vorkommissionen im Allgemeinen resp. in den Vereinen nahmen wir gebührenden Anteil. Die Begründung des Austritts aus dem Verband seitens des Wiesbadener Vereins konnten wir durchaus nicht billigen und fand noch später, als die Restenwirtschaft vom Verbandsvorstand veröffentlicht wurde, die schärfste Beurteilung. Auch dem Dresdener Verein resp. dessen Flugblatt können wir nicht die ganze Sympathie entgegen bringen, erwarten jedoch vom bevorstehenden Verbandstakt, daß die Streitpunkte (sowie der übrigen Vereine) zum Nutzen der Allgemeinheit geregelt werden, und daß sie aus dem Organ wieder verschwinden.

In Betreff der Winkler'schen Annonce können wir nicht finden, wie dieselbe unserer Organisation resp. den Vereinen Leipzig u. s. w. schädlich sein könnte; das schriftliche Stellenangebot und Angebot wäre doch ohne die Annonce sicherlich in demselben Maße, wie jetzt. Man könnte leicht in Verleitung kommen zu glauben, daß die Leipziger Einheimischen die Provinzialer als Konkurrenten ihrer Stellen ansehen und deshalb die Aufnahme mißbilligen.

Zum diesjährigen Verbandstakt stellen wir keine Anträge, da einerseits zum Voraus derselben ein stilles Zusammenkommen durch die vortägliche Verhältnisse erschwert wird, und andererseits wir einen eigenen Delegierten zur Vertretung der Anträge nicht zu wählen haben. Bemerk sei, daß wir auf dem Boden der strikten Zentralisation stehen, ebenso Ablehnung der Resenteunterstüfung auf die Verbandstakt wünschen.

Am 21. Januar feierten wir unser siebentes Stiftungsfest, welches glänzend verliefen ist. Auswärtige Kollegen waren erschienen: Bad und Apfel aus West und Preussens aus Ostpreussen. Ihnen, sowie den Kollegen Spaltmann, Kanten und „Patentlerchen“ Weimar, den Vereinen Chemnitz und Magdeburg für ihre freundlichen Glückwünsche und endlich unserem „Original“ und Wöwen des Festes, Dörmann, sei an dieser Stelle herzlich Dank.

Indem ich hoffe, durch diese Zeilen die eingangs erwähnten Wünsche erfüllt zu haben, bitte ich zum Schluß die Kollegen des Vereins Duisburg-Kupferort, stets treu zum Verein zu stehen und sich der Pflichten bewußt zu sein.

Elberfeld. In der Versammlung vom 21. Januar fand auf der Tagesordnung: 1. Verbandstakt, 2. Das Dresdener Flugblatt. Zu Punkt 1 wurde beschlossen, gegen die Umwandlung des Verbandes in einen Verband von Mitgliedern zu stimmen, da hierdurch die Verwaltungskosten noch erhöht würden. Aus demselben Grunde wurde auch gegen die Ablehnung der Resenteunterstüfung durch den Verband gestimmt. Die Versammlung war der Meinung, daß es für den reisenden Kollegen gleichgültig ist, ob er an einem Orte 25 und am anderen 75 Pfennige Resenteunterstüfung bekommt oder an beiden je 50 Pfennige. Die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenunterstüfung durch den Verband wurde der zu hohen Kosten wegen für unbedenklich gehalten. Es hat sich ja schon häufig gezeigt, daß alle derartigen Einrichtungen gerade in der größten Noth verfallen, wie dies in letzter Zeit wieder bei den Hamburger Zigarrenfabrikanten vorgekommen ist. Die Wahl des Delegierten wurde auf die nächste Versammlung verschoben.

Ueber das Dresdener Flugblatt entspann sich eine sehr lebhaft Diskussion und wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des Fachvereins ist der Meinung, daß Streitigkeiten persönlicher Natur auf jeden Fall zu vermeiden sind, da dieselben nur schädigend auf die Arbeiterbewegung einwirken. Sie glaubt daher, daß es richtiger von den Dresdener Kollegen gewesen wäre, wenn sie, anstatt direkt mit einem Flugblatt den Kollegen Dietrich persönlich anzuschreiben, sich schweigsam auf den Ausschuss und an den so wie so bald stattfindenden Verbandstakt gewendet hätten. Andererseits besteht aber die Versammlung auf dem Recht der freien Meinungsäußerung und glaubt, daß es besser wäre, wenn den Dresdener Kollegen die „Buchbinder-Zeitung“ zur Verfügung gegeben hätte. Hier hätte eine sachliche Diskussion stattfinden können und wäre dieselbe für den Verband nicht so schädigend gewesen, wie die heutigen unbesonnenen Vorkommnisse. Die

„Buchbinder-Zeitung“ soll das Organ sämtlicher organisierter Kollegen sein, und Allen zur freien Meinungsäußerung zur Verfügung stehen, jede Beschränkung muß ausgeschlossen bleiben. Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß es jedenfalls ein Gebot des Anstandes ist, daß allen Vereinen, welche an unsere durchreisenden Vereinsmitglieder Resenteunterstüfung gebühren, mit gleichem Maße gemessen wird. Daher ist die Aufforderung des Verbandsvorstandes, den Mitgliedern der Vereine Annaber, Wiesbaden u. s. w. keine Unterstüfung zu zahlen, ganz entschieden zu verwerfen.“

In der Versammlung vom 4. Februar wurde Kollege Grönhoff als Delegierter gewählt und derselbe noch beauftragt, nach besten Kräften die bekannte Resolution der Elberfeld-Barmer Gewerkschaftskommission zu verteidigen.

Rhein a. Rh. Am 28. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Vorstandswahl, ein Antrag der Kartellkommission an den Verbandsvorstand, Stellungnahme zum Dresdener Flugblatt bildeten die Tagesordnung. Kollege Houboys legte aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als erster Vorsitzender nieder. Aus der vorgenommenen Wahl gingen hervor: Weiß erster Vorsitzender, Nieß zweiter Vorsitzender, Weismüller Kassier, Lehmann Bibliothekar, Thies Schriftführer, Friedrich und Groß Revisoren. Für den Antrag der Kartellkommission versetzte Herr Großleber. Ueberzeugend wies derselbe die unbedingte Notwendigkeit der Arbeitslosenstatistik für Köln nach, betonte die Vorteile, die uns aus der Aufnahme werden müssen und empfahl sodann einen Antrag der Kartellkommission, die Verbandsvorstände sämtlicher Gewerkschaften um petitiäre Unterstüfung zwecks Aufnahme der Statistik zu ersuchen. Kollege Weiß trat den Ausführungen des Redners bei und beantragte, den Verbandsvorstand zu ersuchen, 60 Mark für diesen Zweck zu bewilligen; die Hälfte der Summe sei jedoch als Darlehen zu betrachten. Für diesen Antrag sprachen die Kollegen Friedrich, Schneider, Werner, während Kollege Nieß nicht nur gegen den Antrag, sondern sich auch gegen die Statistik überhaupt aussprach. Nach einer Entgegnung des Herrn Reiseren wurde der Antrag Weiß gegen zwei Stimmen angenommen. (Zugewilligt wurde auch von Seiten des Verbandsvorstandes dem Antrag Folge gegeben.) Zum Dresdener Flugblatt wurde eine Resolution angenommen, welche dem Verbandsvorstand volles Vertrauen ausdrückt und die Wagnationen der Dresdener (Auch-Kollegen) entschieden verurteilt.

In der Mitgliederversammlung am 11. Febr. wurde Kollege Weiß als Vertreter nach Frankfurt gewählt.

Die Kollegen seien noch kurz davor anmerkung: Stellung in der Geschäftsbücher-Fabrik Heinz in Ehrenfeld annehmen. Die Firma inseriert oft im Leipziger Anzeiger aus bloßer Renommance. Wir werden später noch Einiges über diese Firma mitteilen.

Grünstadt. Um aus anderen Kollegen Klarheit über die hiesigen Verhältnisse zu verschaffen, halten wir es als Verbandskollegen für unsere Pflicht, darüber in Kürze in unserem Organ zu berichten. Grundsätzlich wird es wohl manchen Kollegen, die vielleicht schon hier beschäftigt waren, sein, auch von hier einmal etwas zu hören. Durch die hiesigen geschäftlichen, jedoch nicht sehr günstigen Verhältnisse, hat es von den etwa 30 in der hiesigen Gelangbuchfabrik von Schäfer beschäftigten Kollegen eine erfreuliche Anzahl eingesehen, wie notwendig es ist, sich einer Organisation anzuschließen. Sie haben eingesehen, daß sie der Gewalt, die ihnen entgegentritt, vereinzelt nicht vermögen entgegenzutreten. Wir haben die freundliche Auserkennung, daß aus der schönen Anzahl, die wir hier als Verbandskollegen zählen dürfen, eine noch bedeutendere größere Zahl erwächst. Seit Beginn des neuen Jahres haben 12 Kollegen durch Beitritt in die Organisation bewiesen, daß sie eingesehen haben, wie notwendig es ist, mit vereinter Kraft für Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Wir alle Kollegen sind aber verpflichtet dies zu thun, mögen wir ledig oder verheiratet sein; stets müssen wir uns sagen, daß der jüngere für den älteren einsehen muß und der ältere für den jüngeren. Leider sind die verheirateten Kollegen es, von denen man oftmals hört: ich habe es nicht mehr nötig, es hat für mich keinen Wert mehr, was einer Organisation anzuschließen. Wir Verbandskollegen theilen diese Ansicht natürlich nicht, wir behaupten sogar, daß gerade der verheiratete Kollege, der Frau und Kinder besitzt, am allermeisten verpflichtet ist, Sorge zu tragen, damit seine Familie ein einigermaßen anständiges Leben führen kann, was ja oftmals nicht der Fall ist. Ferner ist auch in Betracht zu ziehen, daß man als gewissenhafter Familienvater auch in die Zukunft seine Wille lenken und sorgen muß, seinen Nachkommen eine erträgliche Erbschaft zu sichern. Auch die Kollegen in unserem nachbarlichen Kirchheimbolanden und Rabel wollen wir freundlichst ersuchen, das baldigst nachzugehen, was wir hier angestrebt haben.

Bern. (Zur Abstimmung in der „Wanderunterstüfungfrage.“) Das Abstimmungsergebnis der Sektion Bern in Sachen der Wanderunterstüfungfrage“ scheint die vorerwähnte Vermutung oder Erkennen verursacht zu haben. Das negative Resultat von 52 Werworfenden und einigen Enthaltungen soll nicht als ein Ausfluß egoistischer Regungen betrachtet werden. Denn prinzipiell steht die Berner Sektion auf dem gleichen Punkt, wie die Baseler oder Züricher Kollegen. Nur die Form und der Modus der bezüglichen Anträge demog die Sektion Bern zur Rückweisung

derselben. Der Vorstand hat in einer Zuschrift an die Zentralstelle des Schweizerischen Buchbinderverbandes auf die Mängel der Baseler Anträge aufmerksam gemacht und einige redaktionelle und prinzipielle Änderungen gewünscht. Hr. Groche, Zentralpräsident, erwiderte uns, daß die Verworfung diese Mängel schon beachtet habe und der Antrag stehenden Sektion bezügliche Vorschläge zugehen ließ. Da sich indes die Baseler darauf verließen, so sahen sich die Berner außer Lage, zu Lasten der eigenen gut eingeführten Wanderunterstüfung auf die unterbreiteten Anträge bezüglich „Reorganisation“ einzutreten zu können. Es will uns vielmehr scheinen: Die in der Verhandlungsmögen eine kräftiger Basis bilden auf Grund reger Agitation, damit sich dieselben durch vermehrte Mitgliedschaft reichere Einnahmequellen erschließen und daher auch im Stande sind, den finanziellen Verpflichtungen besser zu genügen. Es gilt dieser Grundgedanke sowohl für die West- als auch für die Ostschweiz. Drum auf zur Organisation! Nachschrift. Ueber ein Flugblatt, das uns die Dresdener zugehändelt, wurde ohne Diskussion zur Tagesordnung geschritten.

Buchbinderfachverein Bern. E. B.

Rundschau.

* Ueber die im deutschen Reichstag stattgefundene „Zukunftstaats-Debatte“ schreibt die Elberfelder „Freie Presse“: „Die Gegner behaupten, die Sozialdemokratie sei moralisch vermindert und beweisen damit aufs Neue, daß sie keine Ahnung von dem Wesen des Sozialismus haben. Sie wollten mit der Inszenierung dieses Komödienstücks für die Zukunft die Notstandarden der Sozialdemokraten fernhalten, aber glauben die geglätteten Herren etwa, daß damit auch der Notstand beseitigt sei? Der Notstand besteht und nimmt von Tag zu Tag zu, die herrschende Gesellschaft hat keine Mittel, dem Uebel abzuwehren, um diese Frage kommen die bürgerlichen Parteien nicht herum, mögen sie noch so viele Fragen nach dem Zukunftstaat stellen!“

Bei der Ende vorigen Monats stattgefundenen Gewerbegerichtsversammlung in Augsburg war trotz verweigerter Anstrengung der katholischen und protestantischen Arbeiter- und Gesellenvereine, ihre Kandidaten durchzubringen — die Liste der Sozialdemokraten gestiftet. Unter den Gewählten befindet sich auch Buchbinder M. Klett.

In Württemberg sind die abgelegten Vergleiche fast sämtlich wieder eingestuft worden, dagegen sind die im Saarfohlenrevier ausgeperreten noch nicht wieder bei den fiskalischen Gerichten eingeleitet.

In Bräu (Böhmen) hat der wegen Maßregelung eines Arbeiters ausgebrochene Bergarbeiterstreik der fiskalischen Werke an Ausdehnung gewonnen. Auch von den Belegschaften der Bräuer Bergbauergesellschaft streikten am 15. Februar 2000 Mann.

In Fredericia (Dänemark) sind die Weber in Streit getreten, weil sie vor Kurzem einen Fachverein gegründet haben, welchen die Unternehmer nicht dulden wollen. Wir warnen die deutschen Textilarbeiter, sich als Streikbrecher nach Fredericia anwerben zu lassen. (Alle arbeitertreue Blätter werden um Abdruck gebeten.)

Viterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Dietz Verlag) ist das 21. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt sehen wir hervor: Bürgerliche Rechtspflege. — Zukunftsfragen der Bergbauergesellschaft. — Viterarisches Rundschau. — Notizen: Fuld's „Lafoman“. — Von F. Wehring. — Der Schaden, den die Supplis anrichtet. — Frauenemanzipation in Colmar. — Heilstein: Robert Hammerling's Leben und Dichtungen. — Von Robert Schmechel.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. B. Dietz Verlag) ist und die Nr. 3 des dritten Jahrgangs ausgegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Befehlsgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. — Inseratenpreis die zweispaltige Zeile 20 Pf.

„Sozialpolitische Zentralblatt“ (herausgegeben von Dr. Heim. Braun, Verlag von J. C. Neumann in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich 2,50 Mk., Einzelnummer 20 Pf. Erscheinen ist Nr. 18.

Im Verlag von E. Hoffmann in Leipzig erschien in fünfter Auflage: „Die zehn Gebote und die bewegende Klasse.“ 80 Seiten Hart; Preis 30 Pf.

Frankfurt a. M.

Montag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, im „Grünen Wald“, Allerheiligenstr. 26

Essentl. Versammlung

der Buchbinder, Portefeuillier und aller anderen im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Die heutige wirtschaftliche Lage der Arbeiter, und deren Organisationen. Referent: Herr A. Dietrich aus Stuttgart. 2. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Im gleichen Verlag ist in zweiter Auflage erschienen: „Die Sozialdemokraten kommen!“ Der Preis dieser 16 Seiten starken Agitationsbroschüre ist bei Einzelbezug 10 Pf., bei Parteebestellen viel billiger.

Berichtigung.

In einem Theil der Auflage der vorigen Nummer ist in der auf der zweiten Seite enthaltenen Tabelle bei der Rubrik „Schuld an die Verbandstakt“ durch Ausschließen einiger Ziffern beim Druck an zwei Stellen unrichtige Zahlenangaben entstanden. In genannter Rubrik muß es bei Berlin heißen: 507,30 Mk., und bei Weimar: 17,19 Mk., was auch in den der Tabelle angefügten Bemerkungen ersichtlich ist.

Anzeigen.

Unterstützungsverein Hamburg.

Sonnabend, den 26. Februar, Abends 9 Uhr, bei Herrn Pflug, Kothhöfen 32 a

Mitgliederversammlung.

73] Tagesordnung [1.30 1. Bericht des Delegierten vom Verbandstakt. 2. Bericht vom Gewerkschaftstakt. 3. Feststellung der Tagesordnung zur nächsten Versammlung.

Der Vorstand.

Hüte!

74] mit der Arbeiterkontrollkarte empfiehlt billigt

E. Schneckenburger, Gewerkschaftshutmacher, Nothbühnenstraße 18, Stuttgart.

Bekanntmachung.

An der Provinzial-Irrenanstalt in Reustadt (Wp.) ist die Stelle eines

Krankenwärters,

welcher das Buchbinderhandwerk gründlich erlernt hat, vom 1. März d. J. zu besetzen.

Der Lohn beträgt, neben freier Station 3. Klasse, freier Wäschereinigung und Gemäßung eines Dienstrückers zunächst 26 Mark monatlich, kann jedoch bei guter Führung und entsprechenden Leistungen bis auf 45 Mark monatlich steigen.

Bewerbungsgesuche um diese Stelle sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, der Führungsgewinnnisse und eines orthopädischen Führungsattestes an den unterzeichneten Direktor zu richten.

Reustadt, den 6. Februar 1893.

Der Direktor

der Provinzial-Irrenanstalt Dr. K. Roemer.

Unterricht im Hand- u. Streichergolden

nach eigener leicht faßlicher Methode ertheilt (0,80 K. Wilh. Hofmann, Radlbrücke (Baben).

Abth. A. in Schreib- & Grosshandlung

Abth. B. Anstalt für Buchbinderbedarf.

Abth. C. Th. Witzekler

Leipzig

Erste Fachschule für Buchbinder

GERA (Neussig, L.) Ausbildung im Handvergoldenen, — Freisvergoldenen, Lederarbeiten, — Barmanieren, Goldschnitt etc. Ausländische Fremdsprachen gratis zu hören. Horn & Patzelt.

78]

Im Verlag von E. Hoffmann in Leipzig erschien in fünfter Auflage: „Die zehn Gebote und die bewegende Klasse.“ 80 Seiten Hart; Preis 30 Pf.